



Nr. 46 / 20. Mai 2021

Ergebnisse der Folgestudie zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Schleswig-Holstein vorgestellt

Professor Uwe Danker, Historiker der Universität Flensburg, hat heute (Donnerstag) am Rande der Plenartagung Abgeordneter und der Öffentlichkeit die Ergebnisse der zweijährigen Recherche zur NS-Aufarbeitung präsentiert.

Das Parlament hatte 2018 beschlossen, eine Folgestudie zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Schleswig-Holstein zu beauftragen. Gegenstand der wissenschaftlichen Untersuchung ist unter anderem, ob es neben vorbelasteten Einzelpersonen auch Netzwerke in Politik, Justiz und Verwaltung gab. Außerdem wird beleuchtet, wie sich die Kommunikation im Landtag sowie seinen Ausschüssen und der persönliche Umgang zwischen den in der NS-Zeit unterschiedlich grundorientierten Mitgliedern des Landtages gestaltete.

Professor Danker hatte im Auftrag des Landtages bereits die erste Aufarbeitung zu personellen und strukturellen Kontinuitäten in Schleswig-Holstein nach 1945 erstellt und im Jahr 2016 vorgelegt. Die Folgestudie baut auf deren entwickelter Methodik und Datenbasis auf und vertieft die geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung. Wie bei der Vorgängerstudie wurde die Aufarbeitung von einem Beirat, in dem alle Fraktionen vertreten sind, parlamentarisch begleitet.

Für die Aufarbeitung wurden insgesamt 200.000 Euro im Haushalt veranschlagt.

Wesentliche Ergebnisse der Folgestudie:

- NS-belastete Beamte und Juristen stellten vielfach die überwiegende Mehrheit des Personals des demokratischen Neuanfangs.
- Viele Opfer der NS-Diktatur in Schleswig-Holstein nach 1945 mussten ihren ehemaligen Peinigern in hohen und zum Teil höchsten Ämtern der Verwaltung, des Justizwesens und der Landespolizei wieder begegnen.

- Die NS-Diktatur war auch eine Diktatur der Sprache, sie prägte, ihrer menschenverachtenden Ideologie folgend, entsprechende Begriffe, die auch nach 1945 weiterwirkten, wie vor allem die Untersuchung der Kulturpolitik, des Gesundheitswesens und der Landesplanung zeigen.
- Gleichwohl ist es in Schleswig-Holstein gelungen, zu erheblichen Teilen belastete, ehemals massiv in NS-Unrecht verstrickte Funktionselementen zu reintegrieren.
- Es gelang der Aufbau einer funktionierenden Demokratie und Errichtung eines stabilen Rechtsstaats mit diesen massiv vorbelasteten Personen.

Einsetzungsbeschluss Drs. [19/684](#)

Folgestudie Drs. [19/2953](#)